

# Polizeidirektion Rostock KAVALA



Polizeidirektion Rostock • BAO Kavala • Staatsgericht 4  
Hohen Tiermer 10 • 18186 Waldeck

Bundesverfassungsgericht  
Erster Senat  
Postfach 1771  
76006 Karlsruhe

**E I L T III**  
Fax: 0721/ 9101 - 382

bearbeitet von: Frau Rütgers  
Telefon: 038208/888-2310  
Telefax: 038208/888-2399

Az: StB 4-L  
Waldeck, 2007-08-05

## 3 Anlagen

In der Verfassungsbeschwerdesache und zu dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung des

- 1.
- 2.
- 3.

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwältin Ulrike Donat

gegen

die Polizeidirektion Rostock

■ Az.: 1 BvR 1423/ 07 -

wird wie folgt Stellung genommen:

Der Beschluss des Obergerverwaltungsgerichtes Mecklenburg-Vorpommern vom 31.05.2007 – AZ.: 3 M 53/07 – ist zu Recht ergangen. Die Verbotsverfügung betreffend den „Sternmarsch“ nach Heiligendamm vom 16.05.2007 sowie die Allgemeinverfügung, veröffentlicht am 17.05.2007, sind rechtmäßig ergangen.

Begründung:

Die Voraussetzungen für ein Versammlungsverbot gemäß § 15 Abs. 2 VersG liegen vor. Bei Durchführung der Versammlung der Antragsteller wäre die öffentliche Sicherheit oder Ordnung unmittelbar gefährdet.

Zur Begründung verweise ich zunächst auf meinen bisherigen Vortrag sowie insbesondere auf meine Ausführungen in meinem Schriftsatz vom 04.06.2007.

### 1. Gefahrenprognose

Zum Zeitpunkt des Erlasses der Allgemeinverfügung sowie des Verbotes des „Sternmarsches“ bestand die Gefahr, dass friedliche Versammlungen durch Gewalttäter genutzt werden, um Straftaten zu begehen. Dies ergab sich zum einen aus den Erkenntnissen zu vergangenen Gipfeltreffen sowie den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden 173 Straftaten, darunter 20 Brandanschläge und Anschlagversuche mit G8-Bezug. Die Protestszene selbst hat auf der Internetseite „dissentnetzwerk“ eine „Kleine Chronologie des militanten G8-Widerstandes“ eingestellt, die die Straftaten im einzelnen auflistet. Daneben befinden sich auf eben dieser Internetseite Bilder von zurückliegenden Gipfeltreffen der G8, auf denen gewalttätige verummte Demonstranten, die Absperrungen und Zäune zerstören sowie brennende Blockaden und Autos zu sehen sind. Die eingestellten Bilder tragen die Überschrift „Move Against G8“.

Ebenso findet sich auf der bereits genannten Internetseite eine sogenannte „G8 Choreografie“ (Anlage 1), auf der die geplanten Aktionen der Protestszene eingestellt sind. Zeitgleich mit dem hier fraglichen Sternmarsch nach Heiligendamm sind dort eine „Massenblockade Block G8“ sowie „dezentrale Blockaden der Zufahrten nach Heiligendamm“ eingetragen. Zusätzlich gibt es zahlreiche Aufrufe zu den besagten Blockaden.

Die vorliegenden Ankündigungen und Äußerungen der Organisatoren des Sternmarsches machen unmissverständlich deutlich, dass letztlich nicht lediglich Aufzüge geplant sind. Vielmehr muss nach realistischer Bewertung der vorliegenden Informationen aus dem Internet sowie der Presse davon ausgegangen werden, dass der Sternmarsch Teil einer Gesamtkonzeption der Protestveranstaltungen gegen den G8-Gipfel ist. Das Konzept der Protestszene sieht vor, alle Zufahrtswege nach Heiligendamm zu blockie-

ren, um das Gipfeltreffen der G 8 von seiner Infrastruktur abzuschneiden. Zu diesem Zweck werden Massenblockaden vorbereitet mit dem Ziel, an möglichst vielen Orten so viele Polizeikräfte wie möglich zu binden (Anlage 2).

Daraus wird deutlich, dass der Stammarsch Bestandteil einer koordinierten Aktion darstellt, die sowohl die im Einzelnen angemeldeten Aufzugsrouten als auch die angekündigten Blockaden einbezieht. Die einzelnen Aufzüge des Stammarsches sollen im Wesentlichen gänzlich stattfinden. Im Ergebnis ist demnach davon auszugehen, dass das Ziel eine lang andauernde Blockade auf den Zufahrten rund um Helligendamm ist.

Im Rahmen der Kampagne „Block G8“ hat die Protestszene ein Strategiepapier entwickelt, das die geplanten Blockaden effektiv gestalten soll.

Über die Gefahr des Entstehens von Blockaden hinaus besteht die Gefahr, dass gewaltbereite Demonstrationsteilnehmer diese Situation nutzen, um Straftaten zu begehen. Hierzu bestehen die folgenden Erkenntnisse:

Die Anzahl der anlässlich des G8-Gipfels angereisten militanten und gewaltbereiten Störer ist deutlich größer als es die ursprünglichen polizeilichen Erkenntnisse erwarten ließen.

Die Großdemonstration mit ca. 28.000 Teilnehmern am Samstag, den 02.06.2007, die in mehreren Aufzügen durch die Innenstadt von Rostock führte und im Stadthafen endete, nahm nach einem friedlichen Beginn einen gewalttätigen Verlauf. Die gewalttätigen Übergriffe gegen Polizeibeamte und auch gegen Sachen gingen von einem sogenannten „schwarzen Block“ aus, der aus ca. 2.500 bis 3.000 Personen bestand. Die Gewalttäter sind zwar nicht ohne weiteres an ihrer Kleidung festzumachen. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, dass sich die zum „schwarzen Block“ gehörenden Personen „zur Tarnung“ zunächst unverdächtig kleiden, um unmittelbar vor Beginn oder während des Aufzuges ihre Kleidung zu wechseln, so dass sie anschließend als Block wahrnehmbar sind und als solcher agieren.

Die massiven Ausschreitungen mit über 400 verletzten Polizeibeamten – davon 25 schwer – zeigen, dass im Hinblick auf die bevorstehenden Gipfeltage auch bei grundsätzlich friedlichen Versammlungen mit einer hohen Anzahl gewaltbereiter Demonstranten zu rechnen ist. Die Polizeikräfte wurden von überwiegend verummten Demonstra-

tionsteilnehmern des „schwarzen Blocks“ mit Schlagwerkzeugen, Steinen und Feuerwerkskörpern attackiert. Dies geschah auf brutalste Art und Weise. Dies geben die Bilder, die in den Medien zu sehen waren, realistisch wieder.

Die Gewalt richtete sich nicht ausschließlich gegen Polizeibeamte, sie war vielmehr von blinder Zerstörungswut geprägt. Es wurden auch Mitarbeiter der Feuerwehr durch zahlreiche Störer massiv angegriffen. Zusätzlich zu dem gewaltsamen Vorgehen gegen die Polizeibeamten wurden Fahrzeuge und Mülltonnen angezündet. Auch so genannte „Molotowcocktails“ kamen zum Einsatz. Geschäfte und Kreditinstitute wurden „entglast“. Das Radisson-Hotel, in dem Teile der amerikanischen Delegation untergebracht sind, wurde ebenfalls attackiert. Selbst die Vertreter der Medien blieben von Angriffen nicht verschont und baten um polizeilichen Schutz.

Auch in einer am 04.06. in Rostock stattgefundenen Demonstration waren zahlreiche gewaltbereite Personen vertreten. Auch hier befand sich ein „schwarzer Block“ von über 1000 Personen im Demonstrationaufzug. Lediglich dadurch, dass die Versammlung vorzeitig abgebrochen wurde, konnten gewalttätige Ausschreitungen weitgehend verhindert werden. Allerdings wurden nach Beendigung der Demonstration zwei Rauchbomben gezündet. 50 Polizeibeamte erlitten Augen- und Hautreizungen, die teilweise der ärztlichen Behandlung bedurften.

Die Vertreter der militanten Szene sind nicht nach der Großdemonstration am 02.06.2007 abgereist. Sie „rekrutieren“ sich vielmehr immer wieder neu, um friedliche Demonstrationen für ihre gewalttätigen Zwecke zu nutzen.

Angesichts der extrem großen Anzahl dieser gewaltbereiten und sogar als militant einzustufenden Personen steht zu befürchten, dass es auch an den Tagen des Gipfeltreffens selbst, vom 06.06. bis 08.06., zu gewalttätigen Ausschreitungen kommen wird. Diese werden sich nach den vorliegenden Erkenntnissen, die sich auf Ankündigungen aus dieser militanten Szene beziehen, in die Nähe Heiligendamm verlagern.

Da nunmehr feststeht, dass sich deutlich über 2.000 gewaltbereite Störer im fraglichen Veranstaltungsraum befinden, besteht die Gefahr, dass gerade der Sternmarsch, der auf sechs (mindestens aber auf vier bis fünf alternativ angemeldeten Aufzugsrouten) die Straßen und Wege nach Heiligendamm belegen will, zu einem besonderen Anziehungspunkt für militante Störer wird. Es liegen Ankündigungen aus der militanten Stö-

erszene vor, wonach der Zaun, das heißt die technische Sperre, die den Gipfelort schützen soll, angegangen und gestürmt werden soll. Dies entspricht auch den bereits in die Gefahrenprognose der Allgemeinverfügung eingeflossenen Ankündigungen. Angesichts der großen Anzahl von Störern, die mit brutalster Gewalt vorgehen, ist dieses Szenario durchaus in die polizeilichen Einsatzvorbereitungen mit einzubeziehen.

Im Rahmen der anzustellenden Gefahrenprognose spielen die von den Gipfelgegnern errichteten Camps eine besondere Rolle. Diese befinden sich unter anderem im Bereich des Stadthafens in Rostock, in Wichmannsdorf (nahe Kühlungsborn) sowie in dem Ort Reddelich in der Nähe Bad Doberans. Insbesondere in diesen Camps sammeln sich gewaltbereite Personen und planen ihre Aktionen. Nach Durchführung der Aktionen ziehen sich die Störer in die Camps zurück, um das weitere Vorgehen zu planen. Es liegen Erkenntnisse vor, wonach in den Camps Schlagwerkzeuge und andere als Waffen geeignete Gegenstände gesammelt werden, um diese später mit sich zu führen und für gewalttätige Aktionen zu verwenden. Den Polizeikräften wird der Zugang zu den Camps verwehrt. Die Szene selbst schützt sich durch eine regelrechte „Verpostung“ der Camps, um sich vor unerwünschten polizeilichen Maßnahmen zu schützen.

Konkret liegen zusätzliche Aufklärungserkenntnisse vor, aus denen hervorgeht, wie die Störer bei den geplanten Blockadeaktionen vorgehen wollen. Mit einem „strategischen“ Vorgehen will man erreichen, die Polizeikräfte auseinander zu ziehen bzw. die Polizeikette zu durchbrechen. Dies wird in regelrechten Trainings geübt.

Die Durchführung polizeilicher Maßnahmen scheitert daran, dass angesichts der großen Anzahl der Campbewohner (bis zu 6000 Personen in einem Camp), der Kräfteaufwand dies nicht zulässt, ohne Leben und Gesundheit der eingesetzten Polizeikräfte zu gefährden. Darüber hinaus besteht die Problematik, Störer von Nichtstörern zu trennen.

## **2. Polizeilicher Notstand**

Der polizeiliche Notstand ist dadurch gekennzeichnet, dass die Polizei letztlich nur die Wahl hat, die Gefahr durch die Inanspruchnahme des Nichtstörers oder gar nicht abzuwehren, wenn die Polizei nicht in der Lage ist, Störungen der öffentlichen Sicherheit wegen der großen Zahl der Teilnehmer oder wegen ungünstiger örtlicher Verhältnisse zu verhindern, oder wenn ein Einschreiten gegen Störer unangemessen (unverhältnis-

mäßig i. e. S.) wäre. Der Schutz der Versammlungsfreiheit darf Polizeikräfte nicht so massiv binden, dass die Wahrnehmung sonstiger zumindest gleichwertiger polizeilicher Aufgaben in Frage gestellt wird (Dieter/Gintzel/Kniessel, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, 14. Auflage, § 15 Rdnr. 42). Auch polizeitaktische Erwägungen sind zu berücksichtigen.

Die Geländetopographie rund um Heiligendamm wurde ausführlich in der Allgemeinverfügung sowie meiner Beschwerdebeurteilung beschrieben. Als Anlage zu dieser Stellungnahme wird eine Bilddatei per e-mail (Anlage 3) beigefügt, die auch in dem Beschwerdeverfahren vor dem OVG Greifswald zu den Verwaltungsvorgängen gereicht wurde. Daraus ergibt sich, dass außerhalb der L 12 nur unzureichend befahrbare Wege zur Verfügung stehen. Diese sind nur teilweise befestigt und überwiegend nur einspurig befahrbar, so dass Gegenverkehr nicht möglich ist.

Die infrastrukturellen Bedingungen im Bereich Kühlungsborn, Heiligendamm, Bad Döberan, Börgerende und damit rings um den Tagungsort des G-8-Gipfels sind geprägt von der Landesstraße 12 (L 12). Sie ist die einzige den Ort Heiligendamm und andere in dem beschriebenen Bereich liegende Ortschaften an das höherwertige Straßennetz anbindende Verkehrsfläche. Darüber hinaus ist die L 12 durch die technische Sperre sowohl im Osten als auch im Westen des beschriebenen Bereiches quasi als Sackgasse zu betrachten.

Die anderen Ortsverbindungsstrassen sind kleine, untergeordnete Strassen, die nur teilweise asphaltiert bzw. mit Spurrillen versehen oder gar nicht befestigt sind. Dies gilt in weiten Teilen auch für die Straßen und Wege, die durch die Aufzüge genutzt werden sollen. Sie weisen stellenweise Straßenbreiten zwischen 3 und 4 m auf. Bei den an die Aufzugsstrecken angrenzenden Flächen handelt es sich im Wesentlichen um Naturschutzgebiete, Trinkwasserschutzgebiete, Weideland, u. a. für großen Nutzviehbestand, sowie Ackerflächen. Diese Flächen stehen naturgemäß für Demonstrations- und polizeiliche Einsatzzwecke nur sehr bedingt zur Verfügung. Sollten auf diesen Straßen und Wegen Aufzüge mit den von den Antragstellern angekündigten Teilnehmerzahlen von bis zu jeweils 2.500 stattfinden, würde dies dazu führen, dass mehrere hundert Meter lange Aufzüge die Straßen in voller Breite in Anspruch nehmen. Anlassbezogene polizeiliche Einsatzmaßnahmen mit dem Ziel des Schutzes der Versammlungen, aber auch der Verhinderung und Unterbindung von aus ihnen hervorgehenden Störungen, könn-

ten faktisch nicht erfolgsversprechend durchgeführt werden, da auf der einen Seite wegen fehlenden Raumes keine Seitenkräfte mitgeführt werden könnten und andererseits ein koordiniertes Handeln der am Beginn und Ende des jeweiligen Aufzuges geführten polizeilichen Spitzen- und Schlusskräfte nicht möglich wäre. Da weiterhin an den Orten, an denen die Aufzüge vor der technischen Sperre enden, keine für die entsprechenden Personenzahlen geeigneten Plätze vorhanden sind, würden Abschlusskundgebungen – die, auch wenn nur teilweise angemeldet, jedoch vorgesehen sein dürften – nicht möglich sein. Es ist zu erwarten, dass nach dem Stopp des jeweiligen Aufzugs vor der technischen Sperre Versammlungsteilnehmer versuchen werden, eine Blockade zu errichten oder zur technischen Sperre durchzubrechen. Es besteht Zweifel, ob es in dieser Situation auch starken Spitzenkräften gelingen kann, diese Personen von einem Vordringen bis zur technischen Sperre abzuhalten. Da diese Polizeikräfte insofern Gefahr laufen, zwischen den Störern und der technischen Sperre eingeeengt zu werden, besteht Zweifel, ob polizeiliche Spitzenkräfte überhaupt eingesetzt werden können. Aufgrund der – wie oben beschrieben – faktisch eingeschränkten polizeilichen Einsatzmöglichkeiten könnte ggf. nicht verhindert werden, dass Störer die technische Sperre erreichen und ggf. beschädigen oder überwinden.

Angesichts des großen, unbedingt gewaltbereiten Störerpotenzials, wären die polizeilichen Einsatzkräfte nicht in der Lage, zu verhindern, dass Störer in den Bereich hinter der technischen Sperre (Zaun) gelangen und anschließend in Richtung Heiligendamm weitermarschieren. Es steht zu befürchten, dass die in Nähe des Zaunes entstehenden Auseinandersetzungen einen Verlauf nehmen, die die Gesundheit sowohl der Einsatzkräfte als auch der Demonstranten gefährdet.

Der polizeiliche Notstand ergibt sich neben den oben beschriebenen mangelnden räumlichen Möglichkeiten des polizeilichen Eingreifens auch aus dem begrenzten Polizeiaufgebot, das diesem Großeinsatz zur Verfügung steht.

Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit am 07.06.2007 und zum Schutz aller Veranstaltungen in Rostock und Heiligendamm hat die BAO Kavala zur Zeit einen Kräfteinsatz insgesamt von 16000 Polizeibeamten. Darin enthalten sind alle Stabs- und Versorgungsmitarbeiter sowie Fachkräfte wie z.B. die Wasserschutzpolizei oder Fliegerstaffeln. Diese stehen für die Demonstrationstage nicht zur Verfügung.

Zusätzlich zu dem hier in Rede stehenden „Stemmarsch“ muss die Veranstaltungslage in Rostock geschützt werden, gleichfalls die eigentliche G 8 Veranstaltung in Heiligendamm, der Airport Rostock/Laage, insgesamt 3 mit mehreren Tausend z. T. massiv militanten Personen belegten Camps, Strecken für Lotzungen freigehalten und Lotzungen durchgeführt werden und unzählige Nebenaufgaben wie Verkehrsregelungen oder Gefangen Transporte durchgeführt werden. Weiterhin werden Polizeikräfte für das Begleiten der am 07.06. außerhalb Heiligendamms stattfindenden Abendveranstaltung sowie der Besuchsprogramme für die Ehepartner der Staatsgäste benötigt.

Dabei ist zu beachten, dass die polizeilichen Aufgaben Tag und Nacht durchgeführt werden müssen, so dass für die tatsächliche Aufgabenbewältigung stets nur die Hälfte an Kräften zur Verfügung steht.

Für die Bewältigung von Demonstrationen im gesamten Zuständigkeitsbereich der BAO Kavala stehen deshalb insgesamt nicht mehr als etwa 4000 Beamte zur Verfügung stehen. Mit diesen Kräften wäre die polizeiliche Begleitung der Veranstaltung der Beschwerdeführer nicht zu gewährleisten. Insbesondere ist zu bedenken, dass sich die Einsatzlage dadurch verschärft, dass Demonstranten aus allen Richtungen auf den Tagungsort Heiligendamm zuströmen. Eine solche Situation ist angesichts des großen Gewaltpotenzials, dass sich aller Voraussicht nach unter die friedlichen Demonstranten mischt, nicht in den Griff zu bekommen. Die Topographie des Raumes verhindert ein schnelles und flexibles Zugreifen der Polizei bei Störungen aus den Aufzügen heraus. Polizeiliche Nachschubkräfte könnten mangels Vorhandenseins von Wegstrecken, die auch mit größeren Einsatzfahrzeugen zu befahren sind, nicht bzw. nicht schnell genug Heran geführt werden

Die Einsatzlage wäre lediglich mit einem deutlich höheren Kräfteaufgebot, das den Raum um Heiligendamm schützt, zu bewältigen. Angesichts der mangelhaften Zuwegungen bzw. müsste ein Großaufgebot an Polizeikräften am Zaun postiert werden. Ein solcher Kräfteansatz, der deutlich über die oben genannte Zahl von 4000 Beamten hinaus gehen müsste, ist schlichtweg unmöglich.

Ausgehend von der ohnehin angespannten Kräftelage aus Anlass des G 8- Gipfels, bei dem die BAO Kavala im übrigen noch ein Kräftefehl gegenüber den ursprünglichen Planungen zu verzeichnen hat, erscheint es nicht in Ansätzen denkbar, den für einen „Stemmarsch“ in Richtung Heiligendamm erforderlichen Kräfte Rahmen gewährleisten

Zusätzlich zu dem hier in Rede stehenden „Sternmarsch“ muss die Veranstaltungslage in Rostock geschützt werden, gleichfalls die eigentliche G 8 Veranstaltung in Heiligendamm, der Airport Rostock/Laage, insgesamt 3 mit mehreren Tausend z. T. massiv militanten Personen belegten Camps, Strecken für Lotzungen freigehalten und Lotzungen durchgeführt werden und unzählige Nebenaufgaben wie Verkehrsregelungen oder Gefangen Transporte durchgeführt werden. Weiterhin werden Polizeikräfte für das Begleiten der am 07.06. außerhalb Heiligendamms stattfindenden Abendveranstaltung sowie der Besuchsprogramme für die Ehepartner der Staatsgäste benötigt.

Dabei ist zu beachten, dass die polizeilichen Aufgaben Tag und Nacht durchgeführt werden müssen, so dass für die tatsächliche Aufgabenbewältigung stets nur die Hälfte an Kräften zur Verfügung steht.

Für die Bewältigung von Demonstrationen im gesamten Zuständigkeitsbereich der BAO Kavala stehen deshalb insgesamt nicht mehr als etwa 4000 Beamte zur Verfügung. Mit diesen Kräften wäre die polizeiliche Begleitung der Veranstaltung der Beschwerdeführer nicht zu gewährleisten. Insbesondere ist zu bedenken, dass sich die Einsatzlage dadurch verschärft, dass Demonstranten aus allen Richtungen auf den Tagungsort Heiligendamm zuströmen. Eine solche Situation ist angesichts des großen Gewaltpotenzials, dass sich aller Voraussicht nach unter die friedlichen Demonstranten mischt, nicht in den Griff zu bekommen. Die Topographie des Raumes verhindert ein schnelles und flexibles Zugreifen der Polizei bei Störungen aus den Aufzügen heraus. Polizeiliche Nachschubkräfte könnten mangels Vorhandenseins von Wegstrecken, die auch mit größeren Einsatzfahrzeugen zu befahren sind, nicht bzw. nicht schnell genug Heran geführt werden.

Die Einsatzlage wäre lediglich mit einem deutlich höheren Kräfteaufgebot, das den Raum um Heiligendamm schützt, zu bewältigen. Angesichts der mangelhaften Zuwegungen bzw. müsste ein Großaufgebot an Polizeikräften am Zaun postiert werden. Ein solcher Kräfteansatz, der deutlich über die oben genannte Zahl von 4000 Beamten hinaus gehen müsste, ist schlichtweg unmöglich.

Ausgehend von der ohnehin angespannten Kräfteanlage aus Anlass des G 8- Gipfels, bei dem die BAO Kavala im übrigen noch ein Kräftefehl gegenüber den ursprünglichen Planungen zu verzeichnen hat, erscheint es nicht in Ansätzen denkbar, den für einen „Sternmarsch“ in Richtung Heiligendamm erforderlichen Kräfterahmen gewährleisten

und damit die notwendigen Schutzaufträge wahrnehmen können. Dieser Polizeieinsatz ist mit gewöhnlichen Demonstrationen nicht zu vergleichen. Der Beschwerdegegnerin als zuständiger Versammlungsbehörde liegen anlässlich des G 8- Gipfels bislang 87 Versammlungsanmeldungen vor, die zwar nicht alle, aber doch überwiegend polizeilich begleitet werden müssen. Diese Großeinsatzlage besitzt absoluten Ausnahmecharakter. Die BAO Kavala hat alle Anstrengungen unternommen, um den erforderlichen Kräfterahmen zu gewährleisten. Mehr als 16.000 Polizeikräfte stehen bundesweit für den Großeinsatz nicht zur Verfügung. Eine weitere Erhöhung des Kräfteansatzes ist ohne Vernachlässigung polizeilicher Pflichtaufgaben, die bundes- und landesweit wahrgenommen werden müssen, nicht möglich. Die Polizeibehörden sind nicht verpflichtet, Polizeikräfte ohne Rücksicht auf sonstige Sicherheitsinteressen in unbegrenztem Umfang bereitzustellen.

### 3. Sicherheitskonzept

Bei dem Sicherheitskonzept handelt es sich nicht, wie die Beschwerdeführer meinen, um ein von „ausländischen Sicherheitsbehörden“ vorgegebenes Konzept. Vielmehr ist die Beschwerdegegnerin als einsatzführende Behörde für die Planung und Durchführung der zum Schutz der Gipfelteilnehmer und der Veranstaltung erforderlichen polizeilichen Maßnahmen zuständig. Selbstverständlich hat sie sich dabei mit den sonstigen Sicherheitsbehörden sowie dem Auswärtigen Amt abzustimmen und deren Belange zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen ist dabei die Anwesenheit besonders gefährdeter Personen (teilweise Schutzstufe 1: mit einem Anschlag ist zu rechnen).

Das Sicherheitskonzept der Beschwerdeführerin setzt sich für den Bereich des Einsatzabschnittes Heiligendamm aus folgenden Eckpunkten zusammen:

Es ist eine technische Sperre (Zaun) errichtet worden, die verhindern soll, dass gewalttätige Störer in die unmittelbare Nähe zum Tagungsort gelangen. Darüber hinaus stellt die technische Sperre ein einsatztaktisches Mittel dar, um den Polizeikräfteansatz zu reduzieren. Sie macht allerdings einen Kräfteansatz auch für den Bereich innerhalb des Zaunes nicht überflüssig. Ein Eindringen in diesen Bereich durch militante Störer ist nicht ausgeschlossen. Um ein solches Eindringen zu verhindern bedarf es zudem eines erforderlichen Wegenetzes, damit sich zum einen die Polizeikräfte im Einsatzraum

einsatztaktisch fortbewegen können als auch, damit die notwendige Kräftezufuhr erfolgen kann. Hierzu ist unbedingt die Landesstraße 12 frei zu halten.

Der Bereich innerhalb der technischen Sperre ist für berechnete Personen ausschließlich über zwei Kontrollstellen zugänglich. Dies sind die Kontrollstellen in „Hinter Bollhagen“ sowie „An der Rennbahn“. Dabei stellt der Zugang in Hinter Bollhagen die einzige Möglichkeit für die Bewohner Heiligendamms dar, mit dem Auto zu ihrem Wohnort zu gelangen. Der Zugang an der Rennbahn dient insbesondere den Delegationen sowie dem Zuliefererverkehr.

Die räumlichen Grenzen des Versammlungsverbotskorridors orientieren sich nicht an einem etwa zwingend erforderlichen räumlichen Abstand zum Tagungsort. Vielmehr hat die Geländetopographie diese Grenzen zwingend vorgegeben. Die Beschwerdeführerin hat sich bei der äußeren Grenzziehung auf die dem Tagungsort am nächsten gelegenen nutzbaren Straßen beschränkt.

Die zweite Prämisse, unter der die Festlegung der Sicherheitsmaßnahmen stand, ist das Freihalten der für die Durchführung des Gipfeltreffens zwingend frei zu haltenden Not- und Rettungswege. Auch hierfür bedarf es der Freihaltung der L. 12 sowie der nachgeordneten Straßen, die den äußeren Verbotskorridor beschreiben. Darüber hinaus sind Evakuierungsstrecken frei zu halten, ohne die der Aufenthalt der Staatsgäste und Delegationen nicht denkbar ist. Das Vorhalten von Rettungswegen hat sich dabei nicht an einigen wenigen Verletzten zu orientieren, sondern muss der bestehenden Anschlaggefahr gerecht werden. Deshalb reicht es nicht aus, wie die Beschwerdeführerin meint, dass aus der Luft oder auf dem Wasserwege Rettungswege zur Verfügung stehen. Vielmehr ist ebenfalls Bestandteil des Sicherheitskonzeptes der Beschwerdeführerin, dass in Bad Doberan in Erweiterung des dortigen Krankenhauses ein „medical-center“ entstanden ist, das über die Not- und Rettungswege zu erreichen sein muss. Im übrigen ist die Luftrettung stark wetterabhängig und gewährleistet keine größeren Kapazitäten.

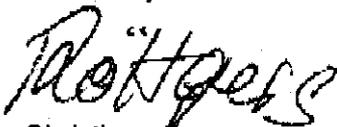
Darüber hinaus ist zu bedenken, dass nicht nur die Rettung der Staatsgäste und ihrer Delegationen zu gewährleisten ist, sondern auch die der Bewohner in den betroffenen Ortschaften. Dies gilt insbesondere für die von den angemeldeten Aufzugsrouten betroffene Ortslage in Vorder Bollhagen. Diese ist lediglich auf sehr eingeschränkten Wege

(siehe Fotomaterial) zugänglich und wäre angesichts des geplanten Demonstrationsgeschehens nicht mehr erreichbar.

Das Verbot des Stemmarsches ist angesichts der drohenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung verhältnismäßig. Den Beschwerdeführern sind im Kooperationsgespräch Aufzugsrouten auf der Bundesstraße 103 nach Bad Doberan angeboten worden. Auf diesen Routen ist eine polizeiliche Begleitung der Demonstrationzüge möglich sowie eine deutliche Öffentlichkeitswirkung für das Anliegen der Versammlungsteilnehmer zu erzielen. Allerdings haben die Beschwerdeführer deutlich gemacht, dass es ihnen auf die Nähe zum Zaun ankommt; wenn auch die öffentliche Wahrnehmung dort deutlich eingeschränkter ist.

Das Versammlungsverbot betreffend den Stemmarsch sowie die Allgemeinverfügung sind deshalb zu Recht ergangen.

Im Auftrag

  
Christiane Röttgers

2007-06-05 09:43

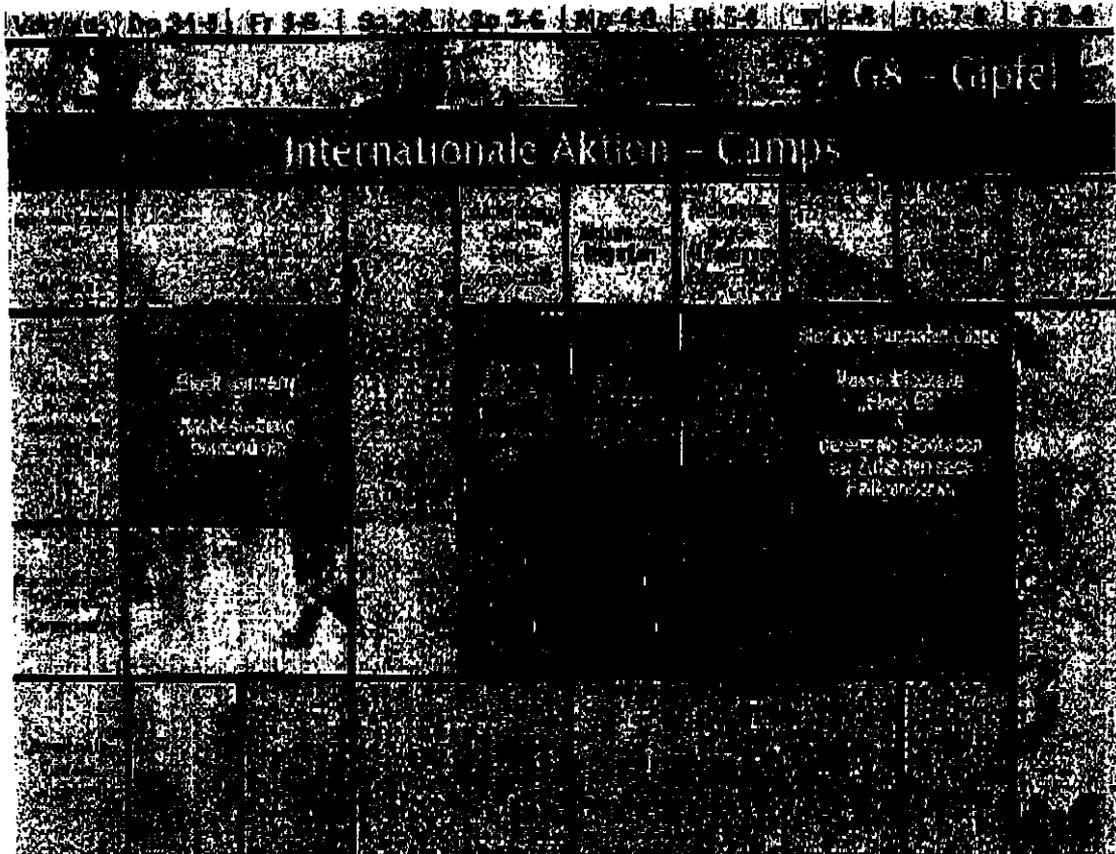
FAX 01 GEL

00382088885098 >>

+49 721 9101382 P 12/19

*Handwritten signature and number 7*

# G8 Choreografie (Quelle: dissentnetzwerk.org)



Bringen Walkie-Talkies mit...

### PMR-Info-Radio

Zur Verbreitung aktueller Informationen wird es auch ein PMR-Info-Radio geben. Es ist Teil des Infosystems und soll wie die Infopunkte und Infotelefone aktuell über Demonstrationen, Blockaden und Aktionen berichten. Es wird rund um Heiligendamm und Rostock-Laage während der Aktionstage Mittwoch und Donnerstag zu empfangen sein...[mehr dazu...]

### Programmskizze des offiziellen G8-Gipfels

Bundesregierung 16. April 2007

Die G8 Staats- und Regierungschefs treffen sich vom 6. - 8. Juni auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Heiligendamm. Einen ersten Überblick über das Programm finden Sie hier.[mehr...]

2007-06-05 09:44

FAX 01 GEL

0038708888098 &gt;&gt;

+49 (0) 40 4325100

Seite 1 von 2

13/17

International Action Conference Rostock II: AG Massenblockaden

Anlage 7

## BLOCK G8

### bewegen - blockieren - bleiben

**Anfang Juni 2007 kommen die Staats- und Regierungschefs der acht größten Wirtschaftsnationen zum G8-Gipfel in Heiligendamm bei Rostock zusammen.**

**Mit Blockaden als Aktionen zivilen Ungehorsams werden wir diesen Gipfel blockieren, denn: Die Politik der G8 steht für den neoliberal globalisierten Kapitalismus, der weltweit die Schere zwischen Arm und Reich dramatisch vergrößert. Mit der Kampagne „Block G8“ sagen wir dazu „Nein“ und sprechen den G8 jede Legitimität ab!**

**Verschiedenste Initiativen und Bewegungen rufen zum Widerstand gegen den Gipfel auf. Mit einer Vielzahl von Aktionen werden Menschen von rund um den Globus ihren Protest kundtun. Die Kampagne „Block G8“ ist Teil davon. Beteiligt Euch an den Protestaktionen und stellt Euch der Politik der G8 entgegen!**

#### WIDERSTAND GEGEN DIE G8 – FÜR EINE GLOBALISIERUNG VON UNTEN

Im Juni 2007 wird nicht nur die Stimme der Mächtigen zu hören sein: Zehntausende Menschen werden von rund um den Globus zusammenkommen, gegen die G8 demonstrieren und sich zu Aktionen zusammenschließen. Aus nahezu allen Spektren der globalisierungskritischen Bewegung wird zu Protesten aufgerufen. Die andere Welt wird sich unüberhörbar zu Wort melden und für eine Globalisierung von unten eintreten: für gleiche soziale, politische und kulturelle Rechte aller Menschen; für das Recht auf globale Bewegungsfreiheit, für einen verantwortungsvollen Umgang mit den weltweiten Ressourcen, für die Garantie öffentlicher Räume und Güter und für globale soziale Gerechtigkeit.

#### MASSENHAFT UND ANDAUERND BLOCKADEN – WIR SIND GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN!

Die Kampagne Block G8 organisiert Blockaden als Aktionen zivilen Ungehorsams, an denen sich tausende Menschen unterschiedlicher politischer, sozialer und kultureller Hintergründe gemeinsam beteiligen. Gemeinsam drücken wir mit diesen Aktionen ein unmissverständliches „Nein“ gegenüber den G8 aus.

Als Ausdruck dieses „Neins“ werden wir nicht nur demonstrieren. Wir werden uns aktiv den G8 in den Weg stellen und die Zufahrten zum Tagungsort blockieren, die der Tross von Diplomaten, Übersetzerinnen und Versorgungsfahrzeugen passieren muss, um nach Heiligendamm zu gelangen. Wir werden die Zufahrtsstraßen nicht freiwillig wieder verlassen, denn es soll nicht bei rein symbolischen Aktionen bleiben. Wir wollen den G8-Gipfel real und effektiv blockieren und von seiner Infrastruktur abschneiden. Wir sind gekommen um zu bleiben!

Während der Aktionen wollen wir eine Situation schaffen, die für alle Blockierenden transparent ist und in der die AktionsteilnehmerInnen solidarisch aufeinander achten und sich unterstützen. Alle übernehmen mit Verantwortung für das Gelingen kraftvoller und entschiedener Blockaden und respektieren gegenseitig die Grenzen und Protestkulturen der anderen Teilnehmenden. Möglicher Polizeigewalt, etwa während einer Räumung, wollen wir mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams gemeinsam und solidarisch widerstehen.

#### GEMEINSAM GEGEN DEN G8-GIPFEL

Hinter dem Konzept der Massenblockaden stehen Gruppen, Organisationen und Personen aus der Umweltbewegung und der Anti-Atom-Bewegung, aus globalisierungskritischen Netzwerken und aus der radikalen Linken, aus gewaltfreien Aktionsgruppen, aus der autonomen Antifa, aus Partei- und Gewerkschaftsjugend sowie aus kirchlichen Gruppen. Wir bringen vielfältige Blockadeerfahrungen mit: von den Castor-Transporten ins Wendland, von den erfolgreichen Blockaden von Nazilaufmärschen in Berlin, Kiel oder Leipzig, aus der resist-Kampagne gegen

den Irak-Krieg und den Protesten gegen andere G8-Gipfel.  
Die Kampagne Block G8 versteht sich als Teil eines breiten gesellschaftlichen Widerstands gegen die G8. Die Massenblockaden werden sich daher in die Aktionen und Demonstrationen anderer Gruppen und Initiativen einfügen und mit diesen abgestimmt sein.  
Unsere Aktionen knüpfen an die Gipfelproteste der vergangenen Jahre an. Erstmals gelang es bei den Protesten gegen die Welthandelsorganisation (WTO) 1999 in Seattle, mit massenhaften Blockaden und anderen Aktionen den Auftakt der WTO-Tagung um Stunden zu verzögern - ein Ereignis, das um die Welt ging und den Aufbruch der globalisierungskritischen Bewegung markierte. Mit den Aktionen von Seattle zeigten sich die ersten Risse im Projekt der neoliberalen Globalisierung. Lasst uns gemeinsam in Helligendamm die Risse vergrößern!

**ALLE KÖNNEN SICH BETEILIGEN!**

Es gibt verschiedene Möglichkeiten:

- Kündigt an, dass Ihr bei der Kampagne Block G8 mitmacht. Schon im Vorfeld des Gipfels wollen wir mit tausenden Absichtserklärungen öffentlich Druck gegen die G8 machen. Tausende Menschen kündigen an, sofern es Ihnen möglich ist, sich im Juni 2007 an den Blockaden zu beteiligen.
- Erklärt Euch solidarisch. Wenn Ihr jetzt schon wisst, dass Ihr nicht nach Helligendamm kommen könnt, drückt Eure Solidarität mit den Blockierenden durch die Unterzeichnung der Solidaritätserklärungen aus.
- Bildet Gruppen vor Ort und bereitet Euch gemeinsam auf die Blockaden in Helligendamm vor. Das Gelingen der Blockaden hängt auch davon ab, dass viele gut vorbereitete Gruppen und Einzelpersonen sich beteiligen. Wir vermitteln Trainings für Aktionsgruppen. Meldet Euch bei uns.
- Organisiert Veranstaltungen bei Euch vor Ort. Wir kommen gern zu Euch, erzählen über die G8 und berichten über die Idee der Kampagne Block G8, den Stand der Vorbereitungen und die Möglichkeiten an den Aktionen teilzunehmen.

**WEITERE UND AKTUELLE INFORMATIONEN FINDET IHR UNTER: WWW.BLOCK-G8.ORG**

Die G8-Gipfel sind ein Symbol. Sie dienen den Regierenden zur Demonstration ihrer Macht. Ihre Nachricht lautet: Es gibt keine Alternative zur gegenwärtigen Weltordnung. Mit unseren Aktionen wollen wir mit aller Deutlichkeit diesen Anschein der Alternativlosigkeit durchkreuzen.  
Auf den G8-Gipfeln wird konkrete Politik gemacht und koordiniert. Eine Politik, bei der die Interessen von Großkonzernen und Finanzanlegern im Mittelpunkt stehen. Rund um den Globus verschärft sich dadurch die dramatische Spaltung in Arm und Reich, die von einem massiven Abbau sozialer und demokratischer Rechte begleitet wird. Wenn die G8 von Schuldenerlass und Hilfsprogrammen für die Armen reden, dann wird verschwiegen, dass Hunger, Armut und Schuldenfalle Resultate des neoliberal globalisierten Kapitalismus sind. Die Politik der G8 trägt unvermindert zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen bei, sichert einigen wenigen Staaten den Zugang zu einem Großteil der Ressourcen und wird letztendlich auch durch Kriege durchgesetzt.

Die G8 ist eine Institution ohne Legitimation. Sie ist ein Club der Regierungen von gerade einmal acht Staaten, die sich anmaßen, Entscheidungen über die Lebensrealität der Menschen des ganzen Erdballs zu treffen. Deshalb geht es uns nicht darum, dass auf den G8-Gipfeln andere Beschlüsse gefasst werden. Vielmehr stellen wir die G8 und ihre Politik insgesamt in Frage und sprechen ihnen jede Legitimation ab.

**Wir tragen die Kampagne Block G8:**

X-tausendmal quer, IG Metall Jugend Dessau, AVANTI - Projekt undogmatische Linke, BUKU - Bundeskoordination Internationalismus, Antifaschistische Linke Berlin, BASTAI Linke Jugend Ulbeck, BUNDjugend, AKU Wiesbaden, Redaktion Fantômas, IG Metall Jugend Halle, Antifa-KOK Düsseldorf und Umfeld, Institut für Theologie und Politik Münster, Grüne Jugend Bundesvorstand, Radikale Linke Nürnberg, Interventionistische Linke, IG Metall Jugend Berlin, [solid] - die sozialistische Jugend, Antifaschistische Linke International Göttingen, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Aktivistinnen aus Attac, Junge Linke PDS Sachsen

2007-06-05 09:42

FAX 01 GEL

00382088885098 >> +49 721 9101382 P 7/19

7

ten faktisch nicht erfolversprechend durchgeführt werden, da auf der einen Seite wegen fehlenden Raumes keine Seitenkräfte mitgeführt werden könnten und andererseits ein koordiniertes Handeln der am Beginn und Ende des jeweiligen Aufzuges geführten polizeilichen Spitzen- und Schlusskräfte nicht möglich wäre. Da weiterhin an den Orten, an denen die Aufzüge vor der technischen Sperre enden, keine für die entsprechenden Personenzahlen geeigneten Plätze vorhanden sind, würden Abschlusskundgebungen - die, auch wenn nur teilweise angemeldet, jedoch vorgesehen sein dürften, nicht mög-



ein Bekenntnis zur Legalität  
einfordern - was nichts anderes  
heißt, als dass wir dazu genötigt  
werden sollen die herrschende  
Ordnung anzuerkennen. Wir

Zynismus, all diese tödlichen  
Bitterkeiten in schöne Worte zu  
packen - die uns so oft zutiefst  
traurig, aber auch unbändig  
wütend macht. Aufhören damit!  
Wir denken, dass die  
vergangenen Gipfelproteste nicht  
nur in praktischer Hinsicht dann  
am erfolgreichsten waren, wenn  
es gelang, die Vielfalt der  
emanzipatorischen Kämpfe und  
Aktionsformen respektvoll  
miteinander zu verbinden. Die  
Kooperation bei den G8-  
Protesten in Evian 2003 steht  
dafür ebenso wie die sich prima  
ergänzenden und für alle  
Beteiligten transparenten  
Demonien in gelb, pink und  
blau gegen den IWF 2000 in  
Prag. Auch in diesem Jahr  
werden wir die Protestformen  
aller emanzipatorisch  
orientierten Gruppen  
respektieren und wünschen uns  
das so auch für uns.  
Es ist unsere Überzeugung, dass  
es nichts bringt, sachorientiert  
an die Vernunft der  
Herrschenden zu appellieren  
oder im Schatten ihrer  
eskalerenden Kriegstreiberei an  
einer Zivilgesellschaft zu  
arbeiten. Uns geht es nicht  
darum, dass auf dem  
Gipfeltreffen andere Beschlüsse  
gefasst werden, die meist nur  
eine Modernisierung von  
Ausbeutung und Unterdrückung  
bedeuten. Unter dem Primat der  
Ausplünderung wird es mit uns  
keine konstruktive  
Zusammenarbeit geben. Wir  
lassen uns in unseren Aktionen  
nicht auf Formen festlegen, die

Gipfelgeschehen über mehrere Tage und auf vielerlei Treffen ab. Für das 'Gelingen' eines Gipfels im Sinne eines reibungslosen Ablaufs braucht es eine Vielzahl an ÜbersetzerInnen, an Delegationen von politischen Beamten und so genannten Fachleuten, an Sicherheits- und Cateringpersonal, an SchreiberInnen und SchönrednerInnen und nicht zuletzt die Versorgung all dieser 5000-10.000 TeilnehmerInnen mit Essen, Trinken bis hin zu so was banalem wie Toilettenpapier. Dadurch erweitert sich das potenzielle Störfeld auf die Unterbringungsorte der oben genannten und die Wege, die sie im Verlauf des Gipfels nehmen müssen. Hier sind alle aufgefordert, große und massenhafte Blockaden nicht nur auf dem zentralen Zubringer von Bad Doberan nach Helligendamm zu platzieren, sondern rund um die gesamten Zufahrten zum Gipfelort sowie von und zu den Übernachtungslösungen. Damit können AktivistInnen gut entscheiden, ob sie lieber abgestimmte Bezugsgruppenaktionen in größeren Blockaden vornehmen wollen oder der Errichtung nachhaltiger Blockaden den Vorzug geben. Die Entzerrung der Aktionsorte begünstigt die Vielheit der Protestformen und setzt uns in freudige Erwartung eines Festivals internationaler Aktionen.

In den bisherigen Debatten um eine Choreographie der Proteste